

eigenen Handlungen im Einsatz an die Rahmenbedingungen und politischen Prozesse vor Ort so anpassen, dass sie zur Erreichung der in der Strategie formulierten Ziele beitragen. Alle politisch-strategische Analysefähigkeit im Einsatz hilft im Zweifelsfall aber nicht, sofern es keine geteilte politik-strategische Perspektive gibt, welche die Generalrichtung weist. Und auch die Frage nach der Zukunft der Wehrpflicht ist aus sicherheitspolitischer Sicht der Klärung der Strategie nachzuordnen. So kann eine Wehrpflicht nur dann überzeugend gerechtfertigt werden, wenn sie zu einer Erreichung der strategischen sicherheitspolitischen Ziele tatsächlich einen entscheidenden Mehrwert liefert.

Der Umfang der Betrachtung wird insgesamt der Breite des Themas nur begrenzt gerecht. Doch während dies auch als Komplexitätsreduktion in einer pointierten Gesamtbetrachtung Sinn machen kann, passt es wenig zu dem vergleichsweise komplexen Duktus des Autors. Zudem erschließt sich die Argumentationsstruktur dem Leser nicht direkt und wird vom Autor in der Einleitung nicht erläutert. Somit nimmt der Beitrag Naumanns eine etwas unglückliche Zwischenstellung ein – zwischen einem aktuellen, pointierten Beitrag, der verschiedene aktuelle Debatten prägnant zusammenführen will, und einer in die Tiefe gehenden auch politik-philosophisch fundierten Analyse deutscher Sicherheits- und Militärpolitik. Dies reduziert die Wirkung der vielfach gut fundierten kritischen Analyse und einer Reihe mutiger und diskussionswürdiger Argumente, Denkanstöße und pragmatischer Gestaltungsvorschläge.

*Marius Müller-Hennig,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Jakarta*

CHRISTINA J. SCHNEIDER:

Conflict, Negotiation and European Union Enlargement

Cambridge 2008

Cambridge University Press, 228 S.

Seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsunion hat sich die Europäische Union stetig verändert. Das Potential dieser weltweit größten Wirtschaftszone bietet Beitrittsländern die Möglichkeit, ihren Wohlstand und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Heute umfasst die Europäische Union, die einst mit sechs Mitgliedern begann, 27 Staaten. Der Beitritt weiterer Staaten wie Kroatien, Albanien oder der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wird in Aussicht gestellt.

Über einen Beitritt und die Anerkennung eines neuen Mitglieds entscheiden die Staaten der EU einstimmig, deshalb ist es unbedingtes Ziel, den Erweiterungsprozess für alle Mitgliedsstaaten attraktiv zu gestalten. Davon ausgehend,

dass eine Erweiterung der Europäischen Union vielfach mit Verteilungskonflikten verknüpft ist, kommt die Autorin zunächst zu der Schlussfolgerung, dass sich eine erfolgreiche Erweiterung positiv für alle Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten auswirken muss. Denn nur durch das Vermeiden von Negativeffekten für alle Staaten kann verhindert werden, dass ein Mitgliedsland sein Vetorecht nutzt, um den Erweiterungsprozess aufzuhalten.

An dieser Stelle setzt auch das Buch an, welches den EU-Erweiterungsprozess als eine ständige Herausforderung versteht, in deren Kern sich verschiedene Verteilungskonflikte verbergen, die trotz der Vetorechte der EU-Mitglieder eine Erweiterung nur hinauszögern, aber nicht verhindern. Verursacht werden sie durch eine ungleiche Verteilung der Gewinne und Verluste der Erweiterung zwischen den EU-Mitgliedern.

Das zentrale Thema des Buches sind dabei die Mechanismen, die den EU-Erweiterungsprozess trotz der erheblichen Spannungen zwischen Mitgliedsstaaten und Kandidaten immer wieder erfolgreich zum Abschluss bringen. Mit ihrer starken Betonung auf die entstandenen oder entstehenden Verteilungskonflikte schließt die Autorin eine Lücke in der bisherigen wissenschaftlichen Literatur, die nur unzureichende Erklärungen für die Erweiterung der Europäischen Union trotz dieser Konflikte gegeben hat.

Die Autorin bietet für die Lösung des Puzzles der EU-Erweiterung einen erweiterten rationalistischen Ansatz, der über existierende Theorien zur Europäischen Union hinausgeht und gleichzeitig das Ziel verfolgt, diese zu verbessern. Der EU-Erweiterungsprozess, so die Autorin, sei in der vorangegangenen Literatur stets als »black box« behandelt worden. Den tatsächlichen Gesprächen und Inhalten, die schließlich über den Beitritt in die Europäische Union bestimmen, wurde kaum Beachtung geschenkt. Da frühere Studien sich kaum mit der Erweiterung der EU als Prozess auseinandersetzten und dadurch häufig nur die Ergebnisse Beitritt oder Ablehnung im Fokus der Analysen standen, gelangten diese Studien schnell an ihre Grenzen und hatten vor allem Mühe, die EU-Ost-Erweiterungsrunden zu erklären. Ein grundlegendes Verständnis des gesamten EU-Erweiterungsprozesses, so der Anspruch der Autorin, braucht jedoch auch eine Auseinandersetzung mit den Beitrittsverhandlungen als solche statt des reinen Fokus auf die Konsequenzen der Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten und den Beitrittskandidaten.

Im Mittelpunkt ihrer Theorie und Argumentation steht die Auseinandersetzung mit den Beitrittsverhandlungen und den Bedingungen sowie Ausgleichszahlungen, die seitens der Regierungen gefordert werden (meist von relativen Verlierern). Notwendig wird eine Kompensation der relativen Verlierer der EU-Erweiterung, um den Erweiterungsprozess für alle Mitgliedsstaaten attraktiv zu gestalten, so dass hierdurch das Veto eines EU-Mitglieds vermieden wird.

Exemplarisch greift die Autorin die Beitrittsverhandlungen über die EU-Ost-Erweiterung auf. Grundlegend standen Bedenken über die Auswirkungen auf die

jeweiligen Arbeitsmarktsituationen in den Anrainerstaaten im Zentrum der Debatten. So war Deutschlands Position zum damaligen Zeitpunkt eng verbunden mit der innenpolitischen Debatte, mit der Position der SPD sowie der linken Arbeitervereine. Strukturelle und wirtschaftliche Bedenken in Bezug auf Migration und die erwartete Welle billiger Arbeitskräfte führte schließlich zu einer Verzögerung der Beitrittsverhandlungen.

Der Autorin gelingt es nachvollziehbar, die Relevanz ihrer Argumente aus einer historischen Perspektive heraus zu verdeutlichen, indem sie unterstreicht, dass die EU-Erweiterung trotz aller positiven Gesichtspunkte ebenso auch Bedenken schüren kann. Diese Bedenken der Mitgliedsstaaten sind schließlich der Ausgangspunkt für die Verteilungskonflikte, aus denen schließlich relative Gewinner und relative Verlierer des Erweiterungsprozesses hervorgehen. Diese Verteilungskonflikte führen die Autorin zu der Annahme, dass »Intra-Unionskonflikte« den Erweiterungsprozess dominieren. Die Bedingungen der Erweiterung der Europäischen Union können als endogen bezeichnet werden.

Für eine allgemeingültige theoretische Erklärung der Erweiterung, so die Autorin, wird neben dem Verständnis der Variable »Verteilungskonflikt« auch ein Verstehen der Mechanismen zur Lösung dieser Konflikte notwendig. Im Kontext der EU-Erweiterungsgespräche stehen vor allem seit der letzten Erweiterungsrunde sogenannte »Übergangsphasen« als Lösungsinstrument, an die sich besondere Absprachen zwischen Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten knüpfen. Die Autorin differenziert diese »Übergangsarrangements« in zwei verschiedene Maßnahmetypen. So entsteht entweder eine »discriminatory« oder eine »differentiated« Mitgliedschaft, wodurch die asymmetrische Anwendung der Mitgliedschaftsrechte und Regeln als Vorteile für alte und neue Mitglieder umschrieben wird. Neumitgliedern werden die »differentiated membership rights« als ein Weg angeboten, um relative Verlierer zur Zustimmung zu bewegen, wenn die Gesamtgewinne zwar positiv sind, aber einige Mitgliedsstaaten Verluste erwarten und die Zustimmung zur Mitgliedschaft der Beitrittskandidaten gefährdet ist. Die durch diese Übergangsphase vielmehr »stufenweise« Gewährung der Mitgliedschaftsrechte ist nach den Ausführungen der Autorin als Instrument zu verstehen, auftretende Verteilungskonflikte zu lösen, um dadurch einen möglichen Stillstand der Beitrittsverhandlungen zu verhindern.

Die vorgenommene empirische Untersuchung der Hypothesen zeigte beispielsweise, dass die EU-Mitgliedsstaaten am wahrscheinlichsten ernste Verteilungskonflikte bei einem Beitritt in die drei Politikbereiche »European Agricultural Guidance and Guarantee Funds« (EAGGF), »European Reconstruction and Development Fund« (ERDF) und »Integration of Labour« erwarten und dass die Wahrscheinlichkeit der Anwendung der »differentiated membership rights« als ein Konfliktlösungsinstrument in diesen drei Politikfeldern sehr hoch ist.

Insgesamt bietet das Buch eine sehr gute Alternative zu vorherrschenden wissenschaftlichen Arbeiten, um die Komplexität der EU-Erweiterung und vor allem

der Osterweiterung auf zugängliche Art zu verstehen. Die gelungene sowie notwendige Ergänzung und Verbesserung vergangener Ansätze geht über traditionelle Schulen der Forschung zur EU-Erweiterung hinaus und entwickelt neue Modelle, um eben jene »black box« der Verhandlungsrunden offenzulegen. Die ausführliche Skizzierung der Verteilungskonflikte zwischen den Mitgliedern der EU (potentiellen relativen Verlierern) und den Beitrittskandidaten hat deutlich gemacht, dass ausreichend Instrumente und Methoden vorhanden sind, um die Konflikte langfristig und erfolgreich zu lösen und die Integrationskraft der Europäischen Union weiter zu stärken.

*Anja Kluge,
Heidelberg*

ANTJE STEPHAN:

Die Beschäftigungspolitik der EU. Genese, Etablierung und Grenzen der EBS

Baden-Baden 2008

Nomos, 390 S.

Längst hat die in ihrer Dimension historische internationale Finanzkrise auch die Güter- und Arbeitsmärkte Europas erreicht. Der EU droht ein weiterer massiver Anstieg der ohnehin beachtlich hohen Arbeitslosigkeit. Dass die aktuelle Neugestaltung der europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie, die der Europäische Rat im Jahr 2000 unter dem Namen Lissabon-Strategie ins Leben rief, nun genau in die Hochphase der weltweiten Rezession fällt, führt einmal mehr die Interdependenzen der Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten deutlich vor Augen. Angesichts globaler Krisenursachen und der grenzüberschreitenden Wirkungen der verschiedenen Interventionsinstrumente ist eine europäische Beschäftigungspolitik nötiger denn je.

Die Beschäftigungspolitik der EU ist schon heute ein komplexes und bisweilen prozedural ausuferndes Politikfeld, wie Antje Stephan in ihrer Monographie zur Entstehung und Entwicklung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) aufzeigt. Das umfangreiche Werk lehnt sich in seinem Aufbau eng an die Evolution des Politikfeldes an, um die aufgeworfenen Forschungsfragen nach Charakteristika, Entwicklungsdynamik, Vor- und Nachteilen sowie Erfolgen der EBS zu beantworten.

Die Autorin verdeutlicht, dass europäische Beschäftigungspolitik spätestens seit der Festschreibung der Wirtschafts- und Währungsunion in den Maastrichter Verträgen und der damit verbundenen Einengung nationaler Handlungsspielräume in beschäftigungspolitisch relevanten Feldern wie Geld-, Währungs- und Fiskalpolitik eine neue Dynamik gewonnen hat. Diese deutete sich schon im rich-